

Strategien und Vorschläge für „Konzertierte Aktionen“ der Bürgerinitiativen gegen den Elektrosmog in der BRD

Diskussionsgrundlage für das MOBILFUNK-FORUM Bodensee-Oberschwaben

& Grundlage zum Brainstorming im Netz

Aktualisiert am 8.11.03

zusammengestellt von:

Mike Scholz
Letze 7
88267 Vogt

info@mikes-media.com

Bürgerinitiative Kontra Elektrosmog Vogt e.V. (BIKE Vogt e.V.)

Vorwort

Liebe Mobilfunk- und Elektrosmog-Kritiker der Bürgerinitiativen

die folgenden Ideen und Vorschläge entstammen den erfolgreichen Aktivitäten der Bürgerinitiative Kontra Elektrosmog Vogt e.V., aus einigen Brainstormsitzungen der Mitglieder und des Vorstandes und aus einzelnen Vorschlägen, die der BIKE Vogt e.V. via Internet zugehen.

Bedauerlicherweise war die Beteiligung anderer Bürgerinitiativen an diesem „Brainstorming“ denkbar gering, obgleich die Strategien im Vorfeld auf unserer Homepage und per Newsletter der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurde.

Wir hoffen sehr, dass sich dies endlich ändert und sich die Bürgerinitiativen des Landes Baden-Württemberg und auch die der anderen Bundesländer endlich zu einem ernst zu nehmenden politischen Machtfaktor „zusammenraufen“ und mit „Konzentrierten Aktionen“ den nötigen politischen Druck auf die höheren politischen Gremien und die Legislative ausüben.

Dieses Papier will zunächst einmal eine praktische Orientierungshilfe für alle erreichbaren Bürgerinitiativen sein und gleichzeitig auch ein konkretes Handlungsgerüst für gemeinsame zielgerichtete, politische Aktionen bieten.

Die aufgeführten **Vorschläge** bedürfen sicherlich noch der Diskussion und Erweiterung durch weitere brauchbare und machbare Vorschläge.

Falls Sie Änderungen/Vorschläge/Verbesserungen vorschlagen wollen, so senden Sie bitte ihren Text als E-Mail Anhang an meine Adresse:

mike.a.scholz@t-online.de

Zur meiner besseren Orientierung sollten Sie die Seitennummer und das entsprechende Kapitel oder die Original-Textstelle angeben.

Ebenso hoffen wir, die wir doch (noch) recht ungeduldig sind, mit diesem Papier die Bürgerinitiativen nach vorne zu bewegen. Wir würden uns freuen, wenn unsere Vorschläge und Ideen anderen, neu gegründeten und auch „alten“ Initiativen eine Hilfe wären.

Die Verweise im Text beziehen sich auf die herunterladbaren Dokumente auf unserer Homepage (Lokale Strategien)

www.mikes-media.com/mobilfunk/doku.htm

Es erschien mir besser die Länge dieses Dokumentes zu begrenzen.

Die gemeinsam ausgearbeiteten Strategien werden von der BIKE Vogt e.V. über das Netz und die Homepage veröffentlicht.

Mit freundlichen Grüßen

Mike Scholz
BIKE Vogt e.V.

Die Ziele der Bürgerinitiativen gegen Elektrosmog

Bevor wir uns Strategien ausdenken und gemeinsam in die Tat umsetzen wollen, sollten wir uns auf gemeinsame Ziele einigen. Hier unsere Vorschläge:

Grundsätze:

- Die Bürgerinitiativen wollen ihre Ziele ausschließlich mit rechtsstaatlichen Mitteln durchsetzen.
- Die Abschaffung des Mobilfunkes gehört definitiv nicht zu den Zielen der BI, sondern dessen gesundheitsverträglichste technische Umsetzung.
- Die Ziele der Bürgerinitiativen müssen letztlich zu einer Reihe von Gesetzen oder Gesetzesänderungen führen.

Ziele:

- 1a) Bei allen neu zu schaffenden Gesetzen und Vorschriften bezüglich des Mobilfunkes muss das Vorsorgeprinzip des Grundgesetzes gelten.
 - b) Die Definition von **athermischen Grenzwerten** muss per Gesetz auf niedrigstmöglichem Niveau festgelegt werden. Wir empfehlen maximal den neuen Salzburger Wert von 1 mikroW/ m² im Freien als Obergrenze. Eine eindeutige und verbindliche Deklaration des Ziels „Biologisch verträgliche Übertragungstechnologien“ muss vom Gesetzgeber erstellt werden.
 - c) Die wissenschaftlichen Ergebnisse unabhängiger Forschung zur Schädlichkeit der hohen Sendeleistungen des Mobilfunkes müssen endlich anerkannt werden. Die Empfehlungen der ICNIRP, eines eingetragenen Vereins der Mobilfunk-Betreiber, sind grundsätzlich als einseitig und nicht neutral zu werten.
- 2) Das Baurecht in BW muss geändert werden. Die Mobilfunkbetreiber dürfen keine Bevorzugung unter Berufung auf das Gemeinwohl genießen. Mobilfunk-Basisstationen sind als gewerbliche Einrichtungen zu werten und müssen sowohl auf privatem als auch auf Gemeindegrund künftig der Genehmigungspflicht unterliegen.
Die Gemeinden dürfen bei diesen Genehmigungen nicht übergangen werden. Sie müssen ungestraft das Recht auf Ablehnung haben. Die rechtliche Selbstbestimmung der Gemeinden / Kommunen über Genehmigungen für Sendestationen in ihrem Bereich muss gewährleistet sein.
 - 3) Verbot für die heimliche Installation von Mobilfunksendern.
Bestehende, versteckte Sender und auch die Standorte geplanter Sender müssen allgemein bekannt gemacht werden.
 - 4) Installationsverbot von Mobilfunksendern in Wohngebieten, speziell in der Nähe von Krankenhäusern, Schulen und Kindergärten.
Kinder, Kranke und Alte müssen einem besonderen Schutz unterliegen. Daher muss per Gesetz ein Mindestabstand zu den genannten Einrichtungen im Baurecht oder in der Betriebsgenehmigung verankert sein.

- 5a) Vertriebs-Genehmigung dürfen per Gesetz nur solchen DECT-Geräte erteilt werden, die im Standby-Betrieb nicht permanent senden. Vielmehr sollen die Geräte nur dann senden dürfen, wenn auch tatsächlich telefoniert wird. Außerdem sollten Betriebsgenehmigungen nur dann erteilt werden, wenn die Geräte ausreichend in die Richtungen abgeschirmt sind, die für den Betrieb nicht erforderlich sind. (z.B.: Nachbarwohnung,....)
- b) Dieses Gesetz sollte ebenso den Standby-Modus von Elektrogeräten einschließen. Es ist eine ungeheure Energieverschwendung und Belastung mit Elektrosmog, wenn ein Gerät im Standby- Modus noch 95 % der Betriebsenergie aufnimmt. Technisch ohne weiteres machbar sind Geräte, die im Standby-Betrieb mit nur 5% und weniger laufen. Per Gesetz muss die Begrenzung der Sendeleistung solcher DECT- Geräte auf 10 mW oder weniger vorgeschrieben werden.
- c) Auch bei der neuen Bluetooth, UMTS und der WLAN-Technologie müssen die niedrigstmöglichen athermischen Grenzwerte per Gesetz definiert und von den Herstellern eingehalten werden. Andernfalls sollten solche Geräte keine Betriebsgenehmigung erhalten.
- 6) Wie für andere Dienstleister und Hersteller auch, muss die Produkthaftung nach dem Verursacher-Prinzip gelten. Eine gesetzliche Bestätigung unbegrenzter Haftung der Betreiber (nach dem Verursacherprinzip) für persönliche und Vermögensschäden (mit üblichem Indizienbeweis) und der Verpflichtung zu entsprechendem Versicherungsschutz ist dringend vonnöten. Die Beweispflicht für die „Unbedenklichkeit“ muss bei den Betreibern liegen.
- 7) Um dem „Wildwuchs“ in Zukunft vorzubeugen sollen der EU-Mittel zur Forschung und Entwicklung von biologisch verträglicher Kommunikationstechniken unter Mitwirkung neutraler Fachleute aus den Bereichen Biologie, Medizin und von Bürgerinitiativen zur Verfügung gestellt werden.
- 8) EU-Unterstützung bei der Realisation technischer Alternativkonzepte in Pilotgemeinden.
- 9) Und schlussendlich muss eine europaweit verbindliche und einheitliche Gesetzesregelung in obigem Sinne von den Gesetzgebern und den zuständigen Gremien angestrebt werden.

Regionale und lokale Strategien zur Umsetzung der Ziele

All die Aktivitäten der Bürgerinitiativen auf lokaler Ebene führen im positiven Fall zu gewonnen Schlachten, nicht jedoch zum Gewinn des Krieges.

So konnten wir unseren Gemeinderat in Vogt zur zweimaligen Ablehnung des Baugesuches für einen 10m-Sendemast von VODAFONE überzeugen. Auch das Landratsamt lehnte schließlich das Baugesuch ab. Doch nun liegt die Entscheidung beim Regierungspräsidium. Sollte das Baurecht zu Gunsten der Mobilfunkbetreiber geändert werden, so sind wir Bürger rechtlos und der Krieg ist verloren. Die einzelnen Bürgerinitiativen stehen somit eigentlich auf recht aussichtslosem, wenn nicht gar auf verlorenem Posten.

Daher müssen unsere Aktivitäten nicht nur auf lokale, individuelle Ziele gerichtet, sondern verstärkt auf übergeordneten Gremien, Instanzen und **letzlich auf die Legislative des Landes und des Bundes ausgerichtet sein.**

Unsere Aktivitäten können nur dann die gewünschte Wirkung haben, wenn wir zu einem politischen Machtfaktor werden. Somit führt kein Weg an der Bündelung und Zentrierung der Bürgerinitiativen vorbei.

Wir bitten eindringlich nicht dem üblichen Fehler von ideologischen Grabenkämpfen zu verfallen. Das lässt unseren politischen Gegner vor Freude in die Hände klatschen.

Zu diesem Zweck erstellten wir eine Liste von Handlungsanweisungen. Wir erachten deren Durchführung als notwendig und unabdingbar auf unserem Weg zu erfolgreichen Gesetzesänderungen.

1. Schritt Die Bündelung der Bürgerinitiativen

1) Gründen Sie mit ihrer Bürgerinitiative einen eingetragenen Verein.

Falls Sie zuwenig aktive Mitglieder haben, so schließen sie sich der nächstgelegenen Bürgerinitiative an. (Hilfe finden Sie in den „Lokalen Strategien“) als eingetragener Verein genießen Sie eine Reihe von Vorteilen.

2) Richten sie eine E-Mail-Kontaktadresse für ihre Bürgerinitiative ein und melden Sie ihre Initiative bei allen folgenden Dachorganisationen an:

www.izgmf.de
www.buergerwelle.de
www.mobilfunk-buergerforum.de

Wir sollten endlich einmal feststellen, wie viele Bürger bereits organisiert sind.

Eine zentralisierte Informationsverwaltung und Abstimmung ist unerlässlich. Damit erleichtern sie den Informationsfluss, denn oft werden wir sehr schnell zum Handeln und zum Austausch von Informationen gezwungen. Leider sind uns die Mobilfunkbetreiber in den meisten Fällen einen Schritt voraus. Per Newsletter über die Verteilerlisten können wir unsere Aktionen besser und schneller abstimmen.

3) Basisarbeit - veranstalten Sie Informations-Veranstaltungen für die Bürger.

Versuchen sie Mitglieder (aktive und passive) zu werben. Laden sie die Gemeinderäte, Bürgermeister, Schulleiter, Kirchengemeinderäte, Pfarrer, Ärzte, Sozialarbeiter, Erzieher und Erzieherinnen, Lehrer und die ortsansässigen Vereine zu ihren Veranstaltungen und nicht zuletzt die Pressevertreter ein. (Hilfe auf unserer Homepage in „Lokale Strategien“) Informationsmaterial erhalten Sie zuhauf in den oben genannten Webadressen.

Engagieren sie kompetente Referenten zu ihren Info-Veranstaltungen.

4) Suchen Sie das persönliche Gespräch mit den Gemeindepolitikern

Besuchen sie die Fraktionssitzungen und versuchen Sie die Gemeinderäte und Bürgermeister in persönlichen Gesprächen zu überzeugen. Bieten Sie ihren Gemeinderäten und Bürgermeistern Informationsmaterial und ihre Zusammenarbeit an. Beraten sie ihre Gemeindepolitiker bei ihrer Entscheidungsfindung. Wichtig: Spielen Sie mit offen Karten. Informieren Sie den Gemeinderat und die Bürgermeister immer über ihre Unternehmungen (Hilfe: „Die Vogter Gemeinderatsbeschlüsse“). Bereiten sie Info-Pakete für die Gemeinderäte vor. Achten Sie jedoch darauf, dass diese Pakete keine „Bücher“ sind. Stellen Sie nur die Wichtigsten Fakten zusammen und verweisen Sie auf die Web-Adressen. (www.hese-project.org)

5) Sammeln sie möglichst viele Unterschriften (Stimmen) für unsere gemeinsamen Ziele.

Dies können Sie bei ihren Infoveranstaltungen durchführen und auch Unterschriftenlisten in ihrer Gemeinde auslegen oder auch im persönlichen Gespräch in Straßen-Aktionen durchführen. Wir brauchen jede Stimme um politisches Gewicht zu haben. Über die Zielstellung der jeweiligen Unterschriften-Aktion müssten wir uns vorher einigen und danach „konzertiert“ vorgehen.

6) Informationen an die Presse und andere Medien

Unterrichten Sie immer die Presse und/oder andere lokale Medien über ihre/unsere Aktivitäten.

Die Mobilfunk-Kritik muss ein Thema in der breiten Öffentlichkeit werden.

Noch kennen die wenigsten Bürger den aktuellen Sachstand, wobei es traurigerweise den meisten Bürgern immer noch völlig egal ist, welche Auswirkungen der Mobilfunk haben kann. Jedoch erreichen wir nur dann eine hinreichende Sensibilisierung für unser Thema, wenn wir **unermüdlich lokale und überregionale Aufklärungsarbeit** betreiben. (Info-Abende, Pressearbeit, Plakate, Handzettel, Briefkastensendungen, Zeitungsartikel, Leserbriefe, Mitteilungen im Gemeindeblatt)

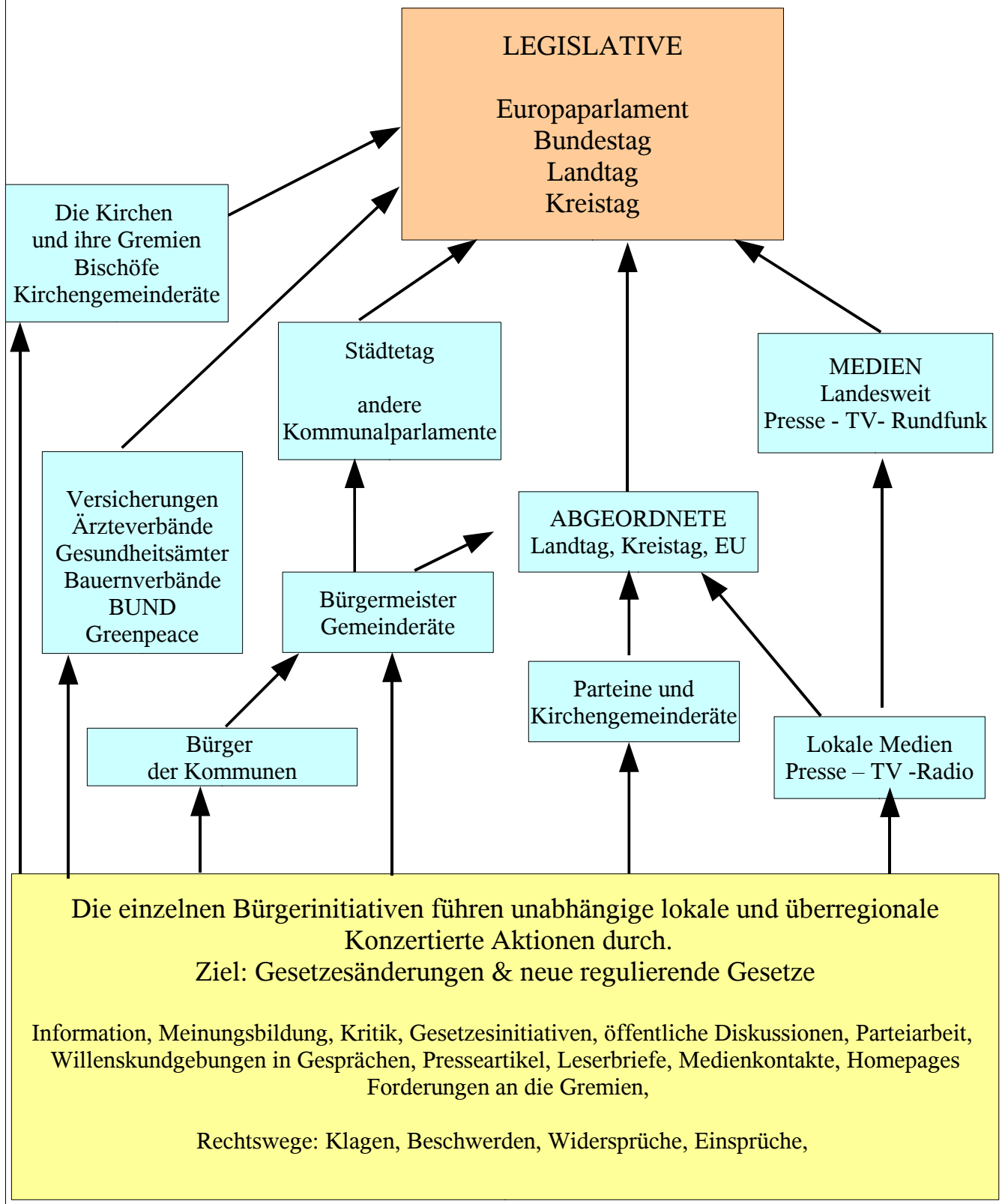
„Der Mensch ist Mensch, weil er vergisst, was er verdrängt“ (H.Grönemeier)
Um dies zu erschweren, ist es unsere selbsgewählte Aufgabe die Bürger immer wieder zu erinnern. Mit einer einmaligen Bürgerinfo ist es nicht getan. Infoveranstaltungen mit den aktuellsten Fakten und Informationen sollten regelmäßig angeboten werden.

Wir haben also Arbeit für mehrere Jahre!

Im Folgenden werden die Überregionalen Strategien betrachtet.

Übersicht über die möglichen Aktivitäten der Mobilfunk-Foren

Wie und über welche Wege können wir mit unabhängigen lokalen und überregionalen Konzentrierten Aktionen neue Gesetze herbeiführen?
Wie können wir Einfluss gewinnen?



Überregionale Aktivitäten und Konzentrierte Aktionen

Neben den lokalen Aktivitäten der Bürgerinitiativen, die naturgemäß stark von den örtlichen Fakten und Gegebenheiten bestimmt sind, gibt es dennoch eine Reihe von flankierenden und unterstützenden Aktivitäten, die von den Initiativen durchgeführt werden können und sollen, obgleich schon eine ungeliebte Basis-Station in der Nachbarschaft steht.

Grundsätzlich gilt: Wir sind das Volk – Alle Macht geht vom Volk aus.

Der politische Druck muss aus breitester Basis kommen und möglichst gleichmäßig nach oben zur Legislative ausgeübt werden. Alle Maßnahmen und Aktivitäten müssen so optimal und so dauerhaft wie möglich ausgeübt werden, bis das Ziel erreicht ist.

Im Idealfall würden wir uns als Bürgerinitiative überflüssig machen.

Dazu sollten wir konzentrierte Aktionen starten. Das heißt: Unsere Aktionen sollten gleicher Art sein und in einem abgestimmten zeitlichen Rahmen stattfinden.

1) Wir müssen zunächst einmal die E-smog-Kritik auf breiter Ebene thematisieren.

Unsere Ziele und Forderungen müssen nicht nur auf lokaler Ebene bekannt gemacht werden sondern auch in den höheren Gremien. Unterstützung können wir bei den Bürgern der Kommunen, den Kommunalpolitikern, der lokalen und überregionalen Presse, den anderen Medien, den Kirchen und ihren Gremien, den Parteien und ihren Landes- und Ortsverbänden, den zuständigen Abgeordneten der Landkreise, des Landtages, des Bundestages und der EU finden. Hier müssen wir zunächst noch viel Überzeugungsarbeit leisten. **Wir brauchen eine Lobby, wie die Industrie auch.**

Konzentrierte Aktionen

- Persönliche Einladung der Abgeordneten zu Info-Veranstaltungen & Diskussionen,
- Briefe der Bürgerinitiativen mit Infomaterial,
- persönliche Gespräche,
- persönliche Briefe mit Infomaterial an die Abgeordneten,

Mitwirkung der Kommunalpolitiker

Bitten sie die Gemeinderäte um Unterstützung (sofern der Dialog möglich ist)

- Bitten Sie die Fraktionsvorsitzenden darum, die Ziele und unsere Forderungen an die höheren Parteigremien weiter zu leiten.
- Bitten Sie die Bürgermeister unsere Forderungen in den Städtetagen zu thematisieren. Belegen sie mit Beispielen, dass andere Kommunen ebenso einmütig gegen die bestehenden Gesetze (Vor allem das Baurecht) gestimmt sind.

Mitwirkung der Kirchen

Suchen Sie die Unterstützung der Kirchengemeinderäte (sofern der Dialog möglich ist) In vielen Kirchtürmen wurden heimlich Basis-Stationen eingerichtet. Den Bischöfen ist dies mittlerweile ein Dorn im Auge. Viele Kirchengemeinden wollen aus den Verträgen aussteigen, bzw. dies nicht mehr verlängern. Hier stoßen wir mit ziemlicher Sicherheit auf viele offene Ohren.

Presse- und Medienarbeit

- Die einzelnen Initiativen vor Ort müssen immer dafür sorgen, dass der Kontakt zur Presse und den anderen lokalen Medien nicht abreißt. Entscheidungen, Beschlüsse, Widersprüche und Einsprüche gegen Bauvorhaben und Installationen, Klagen und Urteile und Aktivitäten der Initiativen sollten, falls möglich, in den Medien erscheinen.
- **Finden wir Möglichkeiten die überregionalen Medien einzuschalten?**

Die Mitwirkung der Bauernverbände

Wir können davon ausgehen, dass der Elektrosmog auch gesundheitsabträgliche Wirkung auch auf die Tiere und die Pflanzen hat, speziell auf Höfen die in der Nähe von starken Sendern liegen oder die sogar selbst eine Basisstation auf dem eigenen Dach errichten ließen. Da können offensichtliche Wirkungen nicht ausbleiben.

Versuchen Sie diese Wirkungen zu erkunden und zu veröffentlichen.

So müssen wir auch die Unterstützung der Bauernverbände gewinnen, indem wir ihnen unsere Information und die Zusammenarbeit anbieten. Auch hier muss „Basisarbeit“ geleistet werden. Wir brauchen also auch betroffenen Landwirte in unseren Initiativen. Über deren Lobby können wir Einfluss auf die Legislative gewinnen.

Suchen sie Mittel und Wege dafür (Vorschläge??).

Die Mitwirkung der politischen Parteien

Wir müssen den Kontakt zu den politischen Parteien suchen und diese überzeugen. Dies geht über die Fraktionsvorsitzenden der Gemeinderäte und bekannte Parteimitglieder der Orts- und Landesverbände. Laden Sie diese zu ihren Informationsveranstaltungen ein und diskutieren Sie unsere Forderungen und Anliegen mit ihnen. Das können Sie am besten mit speziellen Info-Veranstaltungen, nur für ausgewählte Gäste.

Unterstützung bei GREENPEACE und BUND

Ist hier eine Zusammenarbeit möglich?
Falls ja – wie und mit wem?

2) Starten einer Gesetzesinitiative

Letzlich müssen unsere gemeinsamen Aktivitäten auf eine Gesetzesinitiative hinauslaufen nachdem unsere Anliegen hinreichend thematisiert wurden. Es wird also noch einige Zeit dauern.

Vorraussetzungen hierfür sind

- 1) Ausgearbeitete Vorlagen, die den Abgeordneten eine leichte Entscheidungshilfe bieten. Hierin müssen wir gemeinsam definierte, konkrete Forderungen mit Begründungen stellen.
- 2) Wir sollten hinreichend stark an Mitgliedern sein und größtmöglichen Einfluss gewonnen haben.
- 3) Wir sollten die stärkstmögliche Unterstützung der Bevölkerung hinter uns haben. Diese drückt sich in der größtmöglichen Anzahl an gesammelten Unterschriften aus, die unsere Forderungen bejahen.

Konzertierte Aktionen

- Aufruf zur Aktion über alle Medien und natürlich im Internet
- Demonstrationen
- Unterschriftensammlungen
- Gemeinsame Erklärung aller Bürgerinitiativen mit unseren Forderungen an die Parlamente
- Gemeinsame Forderungen der verbündeten Gremien und Verbände
- Infostände in den Stadtkernen
- Ankündigung der Aktionen in den überregionalen Medien (TV, Radio, Presse)

Druckmittel

Holen sie den persönlichen Standpunkt ihres zuständigen Abgeordneten ein. Seinen Willen für unsere Sache tätig zu werden oder auch nicht wird von den Initiativen in den Medien und im Internet veröffentlicht.

Im negativen Fall bekommt er von uns eine schlechte Reklame (im Netz, in den Medien)